

P R O T O K O L L
der 298. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 20. September 2005
Zeit	19.30 – 20.20 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Bettler Suter Verena
Mitglieder	Aebi Florian, Aeschimann Pia, Beck Jolanda, Beyeler Renate, Bigler Ernst, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat-Dangel Caroline, Friedli Rolf, Gantner Urs, Graham Marina, Grubwinkler Ralf, Grütter Urs, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Künzi-Egli Barbara, Lehmann Beat, Loosli Marc, Mallepell Elisabeth, Manz-Tanner Judith, Müller Franz, Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schönenberger-König Daniela, Schwander Fritz, Staub Bettina, Stettler Annemarie, Streit Lee, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
Stimmzählerinnen	Aeschimann Pia, Stettler Annemarie
Vertreter des Gemeinderates	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Cabernard Ursula, Gubler-Geelhaar Patricia, Hanke Thomas, Stalder Ritschard Barbara, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Brüngger Samuel, Lützelschwab-Sturzenegger Nadia, Meyer Roland, Müller Alois, Siegenthaler Urs, Ziberi Johanna GR: Mangold Kathrin Roth Nicole, Gemeindeschreiberin-Stv.
Verwaltung	Eberhard Rolf (Betreuung Technik)
Protokoll	Koch Anni, Verwaltungsangestellte

Traktanden

- 1 Protokoll der Sitzung vom 21. Juni 2005
- 2 Sitzungstermine 2006
- 3 Motion Forum betr. Gemeindepartnerschaft Rumänien
- 4 Motion Friedli (SVP) betr. Raumbedarf / Angebot Schulhäuser
- 5 Motion Wenger (EVP) betr. Einhaltung "allgemeines Fahrverbot" auf Fussgängerwegen
- 6 Motion Beyeler (Forum) betr. weiterführende Massnahmen zum Schutz und zur Förderung der Hochstamm-Obstbaumkulturen in unserer Gemeinde
- 7 Motion Beyeler (Forum) betr. naturnahe Umgebungsgestaltung bei öffentlichen Bau- und Sanierungsvorhaben
- 8 Postulat Grubwinkler (jf) / Ruta (SP) betr. Information zur Jugendmotion und staatskundlicher Bildung von Schülerinnen und Schülern in unserer Gemeinde
- 9 Postulat Pedinelli (SP): Handy und Internet, Sensibilisierungskampagne der Schule
- 10 Postulat Künzi-Egli / K. Heer (FDP/jf) betr. Projekt "Casablanca"
- 11 Einfache Anfrage Streit (Forum) betr. Kontrolle der Gebäude- und Liegenschaftsentwässerung
- 12 Neue parlamentarische Vorstösse

Die Präsidentin eröffnet die 298. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 34 Ratsmitgliedern fest.

Wie vermutlich den meisten Anwesenden bekannt sei, werde Nicole Roth in Kürze ihren Mutterschaftsurlaub antreten. Sie wünsche ihr, auch im Namen des Parlaments, einen sorglosen Rest ihrer Schwangerschaft, alles Gute für die Geburt und vor allem viel Freude mit ihrem Bébé.

Mitteilungen

Die Vorsitzende bedankt sich nochmals herzlich bei allen, welche am 9. September 2005 beim Ratsausflug mit dabei waren. Im Briefzentrum Bern habe der Rat ein Bild der eindrücklichen Organisation gewinnen können. Hans Gurtner, Leiter Post Mail Region Mitte, habe im Anschluss an die Führung noch das Projekt Rema vorgestellt. Ein wunderbares Apéro riche, man könne fast sagen très riche, habe den Anlass im Briefzentrum abgerundet. Die Rückreise nach Muri sei selbstverständlich mit dem "Blauen Bähnli" erfolgt und in der Seniorenresidenz Multengut, im Café Plaisir, habe man den Rest der Gesellschaft getroffen. Die Leitung der Residenz habe dem Rat ein Apéro offeriert und anschliessend sei er durch Service und Küchenbrigade mit einem wunderbaren Nachtessen verwöhnt worden. Das Dessertbuffet sei derart fein gewesen, dass ihr noch heute das Wasser im Mund zusammenlaufe. Auch über

diese Aktivität des Parlaments hätten die Lokal-Nachrichten berichtet, wofür sie sich an dieser Stelle bestens bedanke. Aufgrund der Komplexität der Materie hätten Insiderinnen und Insider feststellen können, dass gewisse Sachverhalte nicht ganz präzise wiedergegeben worden seien. Auf Wunsch von Herrn Gurtner, Leiter Post Mail Region Mitte, würden gewisse Wahrnehmungsdifferenzen bilateral noch bereinigt.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 21. Juni 2005

Pia Aeschimann beantragt folgende Berichtigung: S. 63, 2. Abs.: "... der Exekutive sei undurchsichtig. **Das Forum** sei eine Partei, die sich sehr gewissenhaft ...".

Beschluss

Das Protokoll wird mit dieser Korrektur genehmigt.

2 Sitzungstermine 2006

Beschluss

Die Sitzungen werden wie folgt festgelegt:

Dienstag, 19.30 Uhr:

• 24. Januar	• 20. Juni
• 21. Februar	• 22. August
• 21. März	• 19. September
• 25. April	• 24. Oktober
• 23. Mai	• 21. November

3 Motion Forum betreffend Gemeindepertnerschaft Rumänien

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Das Wort wird von Hans-Rudolf Saxer, gemeinderätlicher Sprecher, nicht verlangt.

Lee Streit führt namens der Forum-Fraktion aus, die Rumänienhilfe habe in unserer Gemeinde eine gewisse Tradition: Von der Weihnachtspäckli-Aktion - initiiert durch das Ehepaar Zigerli -, seit einiger Zeit aufgenommen ins Tätigkeitsprogramm des

Frauenvereins, bis zum Arbeitskreis Muri, der häufig seine Erzeugnisse nach Rumänien schicke, bis zur gelegentlichen Unterstützung einzelner Projekte durch die Kirchgemeinde: Immer habe es sich um Nothilfe für dieses arme Land im Osten Europas gehandelt. Mit der Motion wolle das Forum einen Schritt weiter gehen: Anstelle des Spender-Empfänger-Schemas sollte eine Partnerschaft eingegangen werden mit dem Ziel, durch gemeinsames Handeln und durch Wissenstransfer Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, nachhaltig etwas zu bewirken.

Der Gemeinderat habe sich für Spenden statt Handeln entschieden. Er habe seine Begründung dazu in der Botschaft aufgezeigt und beantrage, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Dazu sei die Forum-Fraktion bereit. Sie möchte aber für die angekündigten weiteren Abklärungen 4 Punkte zu bedenken geben:

1. Das Forum begrüsse die Nutzung der Infrastruktur eines bestehenden Hilfswerkes, das mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut sei. Das überwiesene Spendengeld sollte aber nicht in einen Pool fliessen, sondern gezielt für Projekte eingesetzt werden, die mitbestimmt werden könnten.
2. Das Forum begrüsse das Abschliessen eines Leistungsvertrages. Die Erfolgskontrolle dürfe sich aber nicht nur auf Rechnungsabschlüsse beschränken, sondern sollte etwas über die Weiterentwicklung aussagen.
3. Die Gemeinde sollte Anteil nehmen können am Engagement, durch periodisch erscheinende LoNa-Artikel und durch Berichterstattungen im Parlament.
4. Nach 3 Jahren sollte in einer Evaluation aufgezeigt werden, was die Spendengelder bis dahin bewirkt hätten, um daraus zu schliessen, was weiter geschehen solle und könne. Vielleicht ergebe sich daraus eine Zusammenarbeit, der Wunsch nach partnerschaftlichem Handeln.

Projektideen könnten nur verwirklicht werden, wenn Menschen sie in die Tat umsetzen. Die Mitglieder der vorbereitenden Arbeitsgruppe seien bereit, bei der Weiterarbeit mitzuwirken. Eine unserer Nachbargemeinden hätte es so gesagt: "Entwicklungszusammenarbeit ist zwar nicht eine Kernaufgabe der Gemeinde, bestimmt aber ist es eine menschliche Kernaufgabe". In diesem Sinne hoffe das Forum, dass seine Anliegen aufgenommen würden.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Forum betreffend Gemeindeparterschaft Rumänien wird überwiesen.

4 Motion Friedli (SVP) betreffend Raumbedarf / Angebot Schulhäuser

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Das Wort wird von Patricia Gubler, gemeinderätliche Sprecherin, nicht verlangt.

Rolf Friedli (SVP) führt als Motionär aus, er habe die Motion gestartet aufgrund der Abrechnung über die zweite Etappe der Schulhaussanierungen, welche vor rund 3-4 Monaten abgeseget worden sei. Er habe abklären wollen, was für Schulraum vorhanden und wie wertvoll dieser sei. Er wolle vorausschicken, Bildung sei sehr wichtig und der Raum, welcher zur Verfügung gestellt werde, sei äusserst wichtig und werde in Zukunft immer mehr an Wert zunehmen. Was leider an Bedeutung abnehme, mengenmässig abnehmen könne - man möge dies nicht falsch verstehen -, sei die öffentliche Schule. Es gebe immer weniger Kinder, welche in unserer Gemeinde die Schule besuchen würden, und es gebe eine immer gleich bleibende Schulraumzahl, welche für andere Bildungsarbeit ebenfalls zur Verfügung gestellt werden sollte. Die durch die Gemeinde erarbeiteten Statistiken mit den Einschulungszahlen würden ein-

drücklich aufzeigen, wie die Entwicklung weitergehen könne. Wenn nun dieser Schulraum weiter ausgeweitet werde, so sei nicht daraus zu schliessen, dass die Bildungsqualität besser werde. Er habe eine kleine Zusammenfassung erstellt und diese zuhanden der Ratsmitglieder aufgelegt. Daraus sei ersichtlich, was eigentlich der Kanton für vier Klassen im Schulhaus Melchenbühl vorsehen würde. Die Stadt Bern arbeite mit diesen Zahlen. Er meine, bis auf den Lehrerarbeitsplatz, welcher ein wenig knapp bemessen sei, wäre dies der Quadratmeterbedarf, welcher für vier Schulklassen zum Schulgeben benötigt werde. Zudem habe er zusammengestellt, welche Quadratmeterzahlen im Schulhaus Melchenbühl zur Verfügung stünden. Er werde in seiner Annahme bestätigt, dass in dieser Richtung weitergearbeitet und in dieser Gemeinde eine aktive Schulraumplanung ins Leben gerufen werden sollte. Diese sei nicht für vier bis fünf Jahre in die nächste Legislatur hinauszuschieben, sondern früher an die Hand zu nehmen, auch wenn dies im Rahmen eines Postulates erfolge. Er hoffe, der Gemeinderat nehme das Anliegen ernst und sei dafür besorgt, dass die Gemeinde in den nächsten paar Jahren eine Schulraumplanung erhalte, welche sich den kantonalen Richtlinien angleiche.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Friedli (SVP) betreffend Raumbedarf / Angebot Schulhäuser wird überwiesen.

5 Motion Wenger (EVP) betreffend Einhaltung "allgemeines Fahrverbot" auf Fussgängerwegen

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Ursula Cabernard, gemeinderätliche Sprecherin, führt aus, der Gemeinderat sei bei der Beantwortung der Motion lediglich auf die Situation des Spazierweges an der Aare eingegangen. Der Vollständigkeit halber möchte sie erwähnen, dass es zwei bis drei Wege - Wanderwege - in unserer Gemeinde gebe, welche mit Radfahrverboten belegt seien, so z.B. das kleine Wegstück parallel zum Schlossgutweg oder beim Denkmal, wo ein Weg hinauf zum Dentenberg führe. Dies seien nur ein paar wenige, aber so wie der Gemeinderat die Motion von Frau Wenger gelesen habe, sei er davon ausgegangen, dass es ihr im Speziellen um den Aareweg gehe. Die anderen Wege seien nie derart stark frequentiert und es gebe auch keine Rückmeldungen bezüglich irgendwelcher Probleme, deshalb habe der Gemeinderat ausschliesslich auf den Aareweg Bezug genommen.

Ursula Wenger (EVP) erklärt, am liebsten wäre es ihr, wenn sie heute sagen könnte, es sei super gelaufen diesen Sommer an der Aare. Leider sei dem nicht so. Die Stellungnahme zu diesem Geschäft sei etwa so löcherig wie ein Emmentaler Käse, nur weniger gut. Sie möchte beginnen mit dem zweitletzten Absatz unter Ziff. 2.3., wo es heisse: "Der Gemeinderat wird diese Zeit (*Anmerkung ausserhalb des Zitats*: bis man eben zu einer gemeindeübergreifenden Lösungen gefunden habe) nicht tatenlos abwarten, sondern weiterhin die Velofahrenden auf das Fahrverbot hinweisen (Tafeln, Securitas, Publikationen, etc.) und mit den Vertretern der Kantonspolizei weitere Möglichkeiten prüfen". Das Gewicht bei dieser Aussage liege natürlich auf den drei Wörtern "nicht tatenlos" und "weiterhin". Demzufolge dürfe angenommen werden, dass bis jetzt etwas für die Durchsetzung des Fahrverbotes getan worden sei und man dies auch in Zukunft tun wolle. Ihre persönliche Erfahrung - und diejenige von vielen andern, welche sie in dieser Angelegenheit mündlich oder schriftlich

kontaktiert habe - ergebe hingegen ein ganz anderes Bild. Sie sei diesen Sommer viel an der Aare gewesen, aber ob vormittags, nachmittags oder abends: Sie sei die Strecke Wehrliauparkplatz-Muribad und umgekehrt nicht einmal abgelaufen, ohne dass nicht mindestens ein oder zwei Velofahrer unterwegs gewesen seien, häufig mehr und die meisten davon relativ zügig. Dies sei nicht etwa eine masslose Übertreibung, sondern Tatsache. Der Grossteil der Velofahrer habe im Übrigen nur ins Muribad gelangen wollen oder sei von dort gekommen und gehöre somit zu jenen, welche wild vor dem Eingang des Muribades parkieren würden. Wenn man pressiert sei und die Strecke Wehrliauparkplatz-Muribad nicht laufen wolle, wolle man nicht noch den Hang hinauf zum alternativen Veloparkplatz fahren, um sein Fahrzeug abzustellen. Anmerken möchte sie an dieser Stelle, dass es nicht etwa nur die Jungen seien, welche sich so verhalten würden, ganz im Gegenteil. Ebenfalls nicht ein einziges Mal hätte sie beobachtet, dass ein fehlbarer Velofahrer gebüsst oder auch nur von offizieller Seite auf sein unkorrektes Verhalten hingewiesen worden wäre. Hingegen habe man "genervte" Fussgänger beobachten können, welche die Arbeit der Ordnungsorgane übernommen hätten; leider zum Teil in unschöner Art und leider meistens ohne jeglichen Erfolg. Es sei nicht zuletzt der Anfang einer solchen Selbstjustiz, welcher allen zu denken geben müsste. Als Laie sei ihr unverständlich, weshalb die Gemeinde Muri bezüglich Durchsetzung eines bestehenden Fahrverbots, in diesem Fall auf dem Aarefussweg, nicht souverän handeln könne. Bei der Kontrolle beim Wehrliauparkplatz gehe dies jedenfalls problemlos. Selbst wenn es in Strömen regne und der Parkplatz praktisch leer sei, laufe man Gefahr, einen Bussenzettel unter der Windschutzscheibe zu haben, sofern man nicht bezahlt habe. Gesetz sei eben Gesetz, dies sei klar, aber weshalb gelte das nicht für das Fahrverbot. Es sei im Übrigen nicht einfach eine Schikane der Fussgänger gegenüber den Velofahrern - schliesslich seien sehr viele Leute beides - darauf zu bestehen, dass mindestens auf stark frequentierten, schmalen Wegen ein - nota bene bestehendes - Fahrverbot eingehalten werde. Wenn Velofahrer im gewöhnlichen Strassenverkehr Verkehrstafeln missachten würden, so würden sie sich in erster Linie selber gefährden. Auf einem schmalen Fussgängerweg hingegen seien nicht zuletzt Kinder in der Schusslinie. Ein kleines Kind könne nachgewiesenermassen durch ein Velo erheblich verletzt werden. Nun komme sie zum Anfang der Stellungnahme, zum Punkt 2.1.: Man habe seinerzeit zwei Varianten vorgelegt. Erstens die Aufhebung des Fahrverbots und das Anbringen von Cartoon-Tafeln oder aber zweitens das Beibehalten des Fahrverbots mit zusätzlichem Aufstellen von baulichen Hindernissen zur besseren Durchsetzung dieses Fahrverbots. Unter dem ein wenig abgeänderten Motto "das eine nicht tun und das andere lassen" habe man sich einmal mehr zu einer Nulllösung entschlossen, zu einem verwässerten Kompromiss, welcher keiner sei, nämlich das Beibehalten des Fahrverbots, ohne aber für eine wirksame Durchsetzung zu sorgen und - als Alibiübung - das Aufstellen von Cartoon-Tafeln. Weiter habe man signalisiert, dass eine regionale Lösung befürwortet werde, ohne sich aber konkret für oder gegen das Velofahrverbot auszusprechen oder gar einzusetzen. Den Aareweg könne man eben nicht in allen Teilstücken über eine Leiste schlagen. Dies gehe nicht zuletzt aus den Aussagen der Münsinger Polizei von 1998 hervor, welche konstatierte, dass zwischen Oberwichtlach und Thun, wo kein Fahrverbot signalisiert sei, kein grosses Problem punkto Miteinander von Velofahrern und Fussgängern existiere. Dies glaube sie sofort, in diesem Teilstücke habe es schliesslich auch kein öffentliches Schwimmbad mit grossem Fussgängeraufkommen. Im Interesse der betroffenen Fussgänger bitte sie darum, das Geschäft als Motion aufrecht zu erhalten. Sie sei überzeugt, dass ein einigermaßen wirksames Durchsetzen des Fahrverbots - in diesem spezifischen Fall auf dem Aareweg - im Moment auch ohne gemeindeübergreifende Massnahmen möglich sei. Man wolle ja nicht etwas Neues, sondern lediglich den Ist-Zustand verwirklichen. Was in ein paar Jahren, unter Einbezug des Hochwasserschutzprojektes, passiere oder gemacht werde, habe wenig oder nichts zu tun mit der heutigen Situation. Im Übrigen sei der neuralgische Punkt Aarefussweg nur ein Beispiel stellvertretend für diverse Strässchen in unserer

Gemeinde, wo aus gutem Grund ein Fahrverbot angebracht worden sei, einfach weil es dort zu eng sei für ein gefahrloses Miteinander von Fussgängern und Velofahrern.

Die Vorsitzende hält fest, die Motionärin sei nicht zur Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat bereit.

Judith Manz führt namens der SP-Fraktion aus, es sei mühsam, wenn man auf dem Aareweg im Fahrverbot von Velofahrern angeklingelt werde, das sei wahr. Andererseits könne es aber auch vorkommen, dass man einen Rollenwechsel mache und auch mit dem Velo auf dem Weg unterwegs sei. Allerdings schön rücksichtsvoll, und dann sei es in der Tat wenig verständlich, weshalb ein Nebeneinander nicht möglich sei. Der Gemeinderat zeige in seiner Antwort eindeutig auf, dass er die Problematik kenne und verschiedene Aspekte berücksichtigt werden müssten. Die SP-Fraktion sei mit dieser Antwort und den versprochenen Bemühungen grundsätzlich zufrieden. Die Motionärin setze den Fokus auf die Durchsetzung des allgemeinen Fahrverbots mit vermehrten Kontrollen. Damit seien in der SP-Fraktion nicht alle einverstanden, da es als unrealistisch angesehen werde. Aus diesem Grund sei Stimmfreigabe beschlossen worden.

Urs Grütter (SVP) führt aus, es sei effektiv ein gewisses Problem vorhanden. Vor allem wenn der Abschnitt Muribad-Wehrliauparkplatz betrachtet werde, sei im Sommer ein friedliches Miteinander wohl nicht ganz möglich. Man gelange zum Punkt, an welchem man sich fragen müsse, was jetzt dort Gültigkeit habe. Es bestehe ein allgemeines Fahrverbot und wenn man nicht bereit sei, dieses durchzusetzen, sollte es entfernt werden. Aber das Fahrverbot stehen zu lassen und die Missachtungen geradezu offiziell zu dulden, gehe nicht an. So mache man unser Rechtssystem kaputt und wenn so weitergefahren werde, verkomme jede Vorschrift zu einer beliebig berücksichtigbaren oder nicht berücksichtigbaren Vorschrift, und dies gehe einfach nicht. Die Konsequenz, wenn man dagegen sei, dass etwas unternommen werde, sei diejenige, dass eine Motion eingereicht werde, wonach das Fahrverbot aufzuheben sei. Dies werde nicht getan.

Ursula Cabernard führt aus, der Gemeinderat beantrage weiterhin die Nichtüberweisung der Motion und sie möchte nochmals auf zwei Punkte hinweisen: Zum einen handle es sich nicht nur um ein gemeindeeigenes Problem, sondern dieses gehe über die Gemeindegrenzen hinweg. Zum andern werde nicht ein rechtsloser Raum toleriert. Man arbeite ebenfalls mit der Kantonspolizei zusammen, welche natürlich ihrerseits mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln arbeite. Dass nicht den ganzen Tag über auf dem Aareweg ein Kantonspolizei stehen könne, müsse verstanden werden.

Beschluss (Das Abstimmungsresultat lautet: 9 Ja / 12 Nein / 13 Enthaltungen; Stimmenverhältnis an Sitzung nicht bekannt gegeben.)

Die Überweisung der Motion Wenger (EVP) betreffend Einhaltung "allgemeines Fahrverbot" auf Fussgängerwegen wird abgelehnt.

6 Motion Beyeler (Forum) betreffend weiterführende Massnahmen zum Schutz und zur Förderung der Hochstamm-Obstbaumkulturen in unserer Gemeinde

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Das Wort wird von Ursula Cabernard, gemeinderätliche Sprecherin, nicht verlangt.

Renate Beyeler (Forum) führt aus, es sei ihr als Motionärin bewusst, dass die Gemeinde bereits etliche bestehende Massnahmen zur quantitativen und qualitativen Erhaltung und Förderung der Hochstamm-Obstbaumkulturen bereit halte. Dies sei wirklich sehr erfreulich. Da offenbar, entgegen ihrer bisherigen Annahme, die Umsetzung der kommenden Ortsplanungsrevision ein paar weitere Jahre in Anspruch nehmen werde, müsse auch sie eingestehen, dass einer Umwandlung der Motion in ein Postulat nichts im Wege stehe. Etliche aber vage Formulierungen in der Antwort des Gemeinderates würden ihr aber schon jetzt die Hoffnung darauf nehmen, dass ihr Hauptanliegen in näherer Zukunft erfüllt werde, nämlich ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und im Baureglement einen entsprechenden verbindlichen Absatz einzufügen. Umso mehr es sich dabei - gemäss Antwort des Gemeinderates - "um ein arbeits- und kostenintensives Anliegen, das wirtschaftlich nicht interessant ist" handle. Es bleibe zu hoffen, dass in der Verwaltung und im Gemeinderat trotz des allgegenwärtigen Spardrucks ein Fünkchen Idealismus übrig bleibe, welches es erlaube, zumindest die erwähnten Vereine zu unterstützen in ihrem Bemühen, die Anliegen der Natur zu vertreten. Da sie als Präsidentin des Obst- und Gartenbauvereins diesbezüglich bereits gute Erfahrungen gemacht habe, glaube sie eigentlich fest daran.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Postulat Beyeler (Forum) betreffend weiterführende Massnahmen zum Schutz und zur Förderung der Hochstamm-Obstbaumkulturen in unserer Gemeinde wird überwiesen.

7 Motion Beyeler (Forum) betreffend naturnahe Umgebungsgestaltung bei öffentlichen Bau- und Sanierungsvorhaben

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Das Wort wird von Thomas Hanke, gemeinderätlicher Sprecher, nicht verlangt.

Renate Beyeler (Forum) führt aus, sie stimme der Umwandlung ihrer Motion in ein Postulat zu, da sie wünsche, dass der Vorstoss zumindest nur in der Schublade anstatt gleich im Papierkorb verschwinde. Der Antwort des Gemeinderates habe sie, nebst den optimistisch stimmenden Aussagen, auch noch ein paar Überlegungen entgegenzubringen:

1. Sie habe bei der Formulierung ihrer Motion bewusst nur die öffentlichen Bau- und Sanierungsvorhaben gewählt, damit sich der Gemeinderat nicht noch mehr aus der Verantwortung ziehen könne, er sei da nicht zuständig oder man könne nicht gegen die Interessen der Privaten ankämpfen, etc. Dass das Baureglement für alle Bauvorhaben gelte, nämlich für öffentliche und private, zeige nur auf, wie dringend eigentlich eine zwingendere Formulierung von Art. 10 und 11 des Baureglements wäre. Sie wolle nur ein Beispiel nennen, obwohl es in unserer Gemeinde unzählige

Beispiele für die Ignoranz seitens privater Bauherren bezüglich einer naturnahen Umgebungsgestaltung gebe. Die Seniorenresidenz Multengut lasse diesbezüglich mehr als zu wünschen übrig. Artenvielfalt, einheimische Sträucher, Trockenwiesen und -mauern, Jurakalksteinwege seien offenbar alles weitaus fremde Begriffe gewesen für den Auftraggeber der Aussengestaltung. Kein Wunder habe für Vögel eine Volière aufgestellt werden müssen, da sie sich freiwillig bestimmt nicht dorthin begeben würden. Ein markanter Hinweis seitens der Gemeinde auf das Baureglement Art. 10 und 11 hätte da, wenn die Artikel zwingender formuliert gewesen wären, vielleicht etwas bewirken können.

2. Gegen einen ausgewogenen Interessenausgleich, wie der Gemeinderat in der Antwort erwähne, habe auch sie nichts einzuwenden. Sie vermute aber ganz einfach, dass die Einwände eines Hausvorstandes mehr aus arbeitstechnischer als aus pädagogischer Sicht gemacht werde. Für den Schulleiter wiederum stehe wahrscheinlich eher die Sicherheit im Vordergrund und die Kinder wünschten sich eine möglichst spannende, vielleicht sogar etwas gefährliche Umgebung. Nur die Natur stehe in dem Moment wortlos da, wer vertrete sie? Ob wohl Reglemente nicht dafür da seien, dass bei Entscheidungsfindungen eben nicht einfach jeder nur seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellen könne, sondern damit ein zwingender Rahmen gegeben sei, worin sich die eigenen Interessen nur so weit, als für den Rahmen erträglich, einbringen lassen könnten.

Sicher sei, dass die Forum-Fraktion, wenn es dann soweit sei, bei der Überarbeitung des Gemeindebaureglements auf diverse Änderungsanträge der bestehenden Artikel zu Gunsten der Natur nicht verzichten werde.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Postulat Beyeler (Forum) betreffend naturnahe Umgebungsgestaltung bei öffentlichen Bau- und Sanierungsvorhaben wird überwiesen.

8 Postulat Grubwinkler (jf) / Ruta (SP) betreffend Information zur Jugendmotion und staatskundlicher Bildung von Schülerinnen und Schülern in unserer Gemeinde

Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Postulates.

Das Wort wird von Patricia Gubler, gemeinderätliche Sprecherin, nicht verlangt.

Francesca Ruta (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für seine Bereitschaft, sich für dieses Anliegen zur Verfügung zu stellen.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Grubwinkler (jf) / Ruta (SP) betreffend Information zur Jugendmotion und staatskundlicher Bildung von Schülerinnen und Schülern in unserer Gemeinde wird überwiesen.

9 Postulat Pedinelli (SP): Handy und Internet, Sensibilisierungskampagne der Schule

Der Gemeinderat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Das Wort wird von Patricia Gubler, gemeinderätliche Sprecherin, nicht verlangt.

Daniela Pedinelli (SP) führt aus, die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren habe den Handlungsbedarf erkannt und eine Sensibilisierungskampagne gegen die Gefahren des Internets beschlossen, die sich sowohl an alle Erziehungsverantwortliche wie auch an Kinder und Jugendliche richte. Damit würden ihre Anliegen bereits weitestgehend erfüllt, ohne dass die Gemeinde die Initiative selbst ergreifen müsste und sie sei sehr froh darüber. Sie ziehe deshalb ihr Postulat zurück. Im Übrigen möchte sie noch bemerken, dass angesichts der doch recht umfassenden Stellungnahme des Gemeinderates (selbst wenn sie diese im Ergebnis natürlich nicht zu befriedigen vermöge) eigentlich von einer Überweisung des Postulats bei gleichzeitiger Abschreibung ausgegangen werden müsste. Denn sie habe eine Prüfung verlangt, und diese Prüfung sei ja auch in umfassender Art und Weise erfolgt.

Der Vorstoss ist durch die Postulantin zurückgezogen worden.

10 Postulat Künzi-Egli / K. Heer (FDP/jf) betr. Projekt "Casablanca"

Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Postulates.

Das Wort wird von Thomas Hanke, gemeinderätlicher Sprecher, nicht verlangt.

Kathrin Heer (FDP) bedankt sich für den Vorschlag des Gemeinderates zur Überweisung des Postulats.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Künzi-Egli / K. Heer (FDP/jf) betr. Projekt "Casablanca" wird überwiesen.

11 Einfache Anfrage Streit (Forum) betr. Kontrolle der Gebäude- und Liegenschaftsentwässerung

Die Antwort liegt schriftlich vor.

Das Wort wird von Thomas Hanke, gemeinderätlicher Sprecher, nicht verlangt.

Lee Streit (Forum) führt aus, einerseits habe die umfassende Antwort des Gemeinderates, für welche sie sich bedanke, sie zu befriedigen vermögen. Andererseits sei eine neue Frage aufgetaucht und sie wisse nun nicht, ob sie diese hier einfach stellen dürfe. Sie könnte vermutlich direkt beantwortet werden. Auf der Suche nach Art. 20 Abs. 3 der Abwasserverordnung, welcher zweimal aufgeführt aber nicht zitiert sei in der Antwort, habe sie die alte Abwasserverordnung vom 19. August 2002 erhalten.

Die Gesetze, welche aufgeführt seien, würden sich zum Teil auf das Reglement stützen, welches vom GGR abgeseget worden sei. Wie sie der Antwort entnehme, würden die säumigen Liegenschaftsbesitzer wahrscheinlich inskünftig mit einer Verfügung gezwungen, die Kontrollen vorzunehmen. Wenn sich nun dies auf das alte Reglement, welches noch die Gemeinde erlassen habe, und die alte Verordnung stütze, möchte sie die Frage aufwerfen, ob dies juristisch durchsetzbar sei. Sie habe eigentlich gedacht, sie könne das Geschäft ad acta legen, nun sei aber noch diese Frage aufgetaucht, welche sie gerne beantwortet hätte.

Thomas Hanke führt aus, die Gemeindebetriebe hätten die Reglemente alle übernommen bzw. neu in Kraft gesetzt. Diese lägen noch nicht in gedruckter Form vor. Dieser Artikel sei auch im neuen Reglement enthalten und sollte jemand versuchen, sich aus der Verantwortung zu ziehen und sich auf alt/neu berufen, habe dieser ohnehin "s'Zwöi am Rügge", da sowohl nach altem wie auch nach neuem Reglement ein Abwälzen möglich sei.

12 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Grütter (SVP) betreffend "Vorwärts im Gümligenfeld!"

Der Gemeinderat wird beauftragt, das notwendige Verfahren zu folgenden Änderungen der Überbauungsordnung Gümligenfeld einzuleiten (Aufhebung der Beschränkung der Anzahl Parkplätze):

Art. 17, Ziffer 1:

streichen, ersetzen durch „Die Anzahl Parkplätze richtet sich nach dem eidgenössischen Umweltschutzrecht und dem kantonalen Baurecht“.

Art. 17, Ziffer 2:

erster Absatz, zweiten Satz ersatzlos streichen; zweiten Absatz ersatzlos streichen.

Art. 17, Ziffer 8:

streichen, da aufgrund der oben beantragten Änderungen gegenstandslos.

Art. 17, Ziffer 9:

streichen, da aufgrund der oben beantragten Änderungen gegenstandslos.

Begründung:

Das Gümligenfeld ist einer der wenigen kantonalen Entwicklungsschwerpunkte. Es ist prädestiniert für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es ist durch den unmittelbaren Autobahnanschluss, den nahe gelegenen Bahnhof Gümligen und die bestehenden und geplanten Buslinien bestens an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden. Anlässlich einer parteiinternen Orientierungsversammlung wurde dargestellt, dass zahlreiche sehr erwünschte Mietinteressenten wie Bundes- und kantonale Verwaltung, eine Treuhandfirma, eine Architekturfirma und ähnliche Dienstleistungsbetriebe vom Abschluss eines Mietvertrages absehen, weil ihnen keine genügende Anzahl Parkplätze zugesichert werden konnte. Gerade qualifizierte Dienstleistungsbetriebe benötigen in der Regel einen Parkplatz pro Arbeitsplatz, da die entsprechenden Arbeitnehmer sehr mobil sein müssen, Kundenbesuche an der Tagesordnung sind und deshalb ein Motorfahrzeug Voraussetzung für die Berufsausübung ist. Andererseits führen diese Parkplätze nicht zu einem grossen Verkehrsaufkommen, da in der Regel nur ein- bis zweimal pro Tag zu- und weggefahren wird. Auch andere Interessenten wie Logistik-Zentrum, Möbelfirmen, Kleinkinderbedarf sahen wegen des Engpasses bei den Parkplätzen davon ab, ins Gümligenfeld zu ziehen. Im Zusammenhang mit dem Interesse der Firma Media-Markt an Flächen im neu gebauten Dienstleistungszentrum hat sich gezeigt, dass Fachmärkte gegenüber den

oben genannten Unternehmen mit weniger Parkplätzen auskommen, da die Parkplätze von Fachmärkten viel intensiver genutzt werden. Sie führen täglich zu mehreren Zu- und Wegfahrten. Die Parkplatzbeschränkung führt also dazu, dass für das Gümligenfeld gerade solche Betriebe angezogen werden, welche gegenüber andern möglichen Mietinteressenten mehr Verkehr anziehen. Die Parkplatzbeschränkung führt damit nicht zu einer Verringerung, sondern zu einer Erhöhung des Verkehrs. Ebenso wurde die Befürchtung laut, der durch Fachmärkte angezogene Verkehr könnte zu Rückstaus auf der Autobahn führen. Auch diese Befürchtung spricht dafür, mehr Parkplätze zur Verfügung zu stellen, damit der Abfluss des Verkehrs von der Autobahn auf die Parkplätze reibungslos vor sich gehen kann.

20. September 2005

Urs Grütter (SVP)

J. Beck, B. Lehmann, E. Bigler, M. Loosli, F. Schwander, A. Stettler, R. Friedli (8)

Motion SP-Fraktion betreffend Verkehrsberuhigung Dunantstrasse, Muri

Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen für die Verkehrsberuhigung der Dunantstrasse zu treffen. Unter anderem ist auf der Fahrbahn ein Velostreifen zu markieren.

Begründung:

Die Dunantstrasse in Muri stellt eine Ortsverbindungsstrasse dar, welche auch zur Umfahrung der Thunstrasse benutzt wird. Die übersichtliche, breite und hindernisfreie Strecke zwischen der Abzweigung von der Elfenaustrasse bis zur Abzweigung Buchenweg (Kreuzung Jägerstrasse) verleitet zu schnellem Fahren.

Mit der Eröffnung des Zentrums Marktplatz Muri – Multengut wird sich die Problematik verschärfen, obwohl der Gemeinderat bei der Ausfahrt aus dem Einkaufszentrum ein Rechtsabbiegeverbot (Elfenaustrasse Richtung Mettlen-Quartier) vorsieht.

Es sind daher zusätzliche Massnahmen nötig, um eine Verkehrszunahme auf der Dunantstrasse zu verhindern. Die Massnahmen sollen nicht den Lokalverkehr unterbinden, sondern den Fremd- und Ausweichverkehr eindämmen.

Die Dunantstrasse bildet eine offizielle Veloroute vom Zentrum Muri zum Thunplatz und wird auch von Schulkindern rege benutzt. Unter anderem wird daher primär gefordert, dass ein Velostreifen auf der Fahrbahn markiert wird.

Wichtig sind zudem weitere Massnahmen zur Reduktion der Geschwindigkeit, die gleichermaßen der Erhöhung der Sicherheit wie der Beeinflussung des Verkehrsverhaltens dienen. Solche könnten sein: Kreisverkehr für die Dunantstrasse / Jägerstrasse, bauliche Massnahmen (wie z.B. Schwellen). Namentlich ist die Ausfahrt vor dem Tennisplatz gebührend zu sichern.

21. September 2005

SP-Fraktion
Daniela Pedinelli

J. Manz, B. Wegmüller, F. Aebi, F. Ruta, M. Graham, D. Schönenberger,
B. Staub, L. Streit, R. Beyeler, M. Häusermann, P. Aeschmann,
V. Bettler Suter (13)

Motion SP-Fraktion betreffend Entsorgungsstellen

Der Gemeinderat wird beauftragt, sein Konzept der Entsorgungsstellen zu revidieren. Namentlich Glassammelstellen in dicht besiedelten Wohngebieten sind entweder zu vermeiden oder, wenn der Standort unvermeidlich ist, durch geräuscharme unterirdische Glassammelstellen zu ersetzen.

Begründung:

Unsere Gemeinde bietet mit der regelmässigen Einsammlung von Glas und Altpapier einen hervorragenden und allseits sehr geschätzten Service an. Unter diesem Aspekt ist fraglich, ob Glassammelstellen, namentlich jene in dicht besiedelten Wohngebieten (z.B. Glassammelstelle vor dem COOP-Einkaufszentrum in Gümligen), beibehalten werden müssen. Die Einrichtung von ein bis zwei umfassenden Entsorgungsstellen (z.B. auch für Batterien) etwas ausserhalb der Wohngebiete wäre sinnvoller. Die Gemeinden (zum Beispiel Köniz) gehen zudem vermehrt dazu über, übliche Glassammelstellen durch moderne „unterirdische“ Glassammelstellen zu ersetzen, bei denen das Altglas durch Rohre geworfen wird, die aus dem Boden ragen. Durch dieses System wird der störende Lärm bei der Entsorgung von Altglas eingedämmt. Beispielsweise bietet die Firma Villiger Entsorgungssysteme AG Oberrüti derartige Entsorgungssysteme an. Es ist zu vermeiden, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Gemeinde unnötigen Lärmimmissionen durch Glassammelstellen ausgesetzt sind, zumal dies nach dem heutigen Stand der Technik ohne weiteres möglich ist.

21. September 2005

SP-Fraktion
Daniela Pedinelli

B. Wegmüller, F. Aebi, F. Ruta, J. Manz, V. Bettler Suter (6)

Interpellation F. Aebi (SP) betreffend Kreisel an der Ecke Worbstrasse / Moosstrasse

Fragen:

1. Handelt es sich beim neuen Kreisel in seinem jetzigen Zustand um ein Provisorium oder um das Endprodukt?
2. Falls es das Endprodukt ist: Ist sich der Gemeinderat der Gefahr bewusst, welche durch den Kreisel entsteht? (Funktion als Schanze, Picknickplatz usw.)
3. Der Kreisel beim Bahnhof sollte das Ortsbild positiv prägen, wurde dieses Ziel erreicht?

21. September 2005

Florian Aebi (SP)

Interpellation SVP-Fraktion betreffend Standortqualität

Es gibt in der Gemeinde Muri (insbesondere Dorf Gümligen) einen beträchtlichen Leerstand an Produktions-, Lager- und Büroflächen. Unternimmt der Gemeinderat etwas, um die Aktivierung des bestehenden Arbeitsplatzpotentials zu fördern? Wenn ja, was? Weiss der Gemeinderat, warum derartige Leerstände bestehen? Verfügen die Standorte über zu wenig ausgebaute Zufahrten oder über zu wenig Parkplätze?

Muri-Zentrum, Parkplatzbestimmungen. Wir haben den Eindruck, im neuen Muri-Zentrum sei es wesentlich einfacher gewesen, Parkplätze zu realisieren als im Gümligenfeld. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Welche Parkplatzbestimmungen (Anzahl der Parkplätze, allfällige Beschränkungen der Anzahl Parkplätze) gelten heute im neu erstellten Muri-Zentrum?
- Welche Parkplatzbestimmungen (Anzahl der Parkplätze, allfällige Beschränkungen der Anzahl Parkplätze) gelten heute im Gümligenfeld?
- Bestehen Unterschiede in der Parkplatzbemessung? Wenn JA, wodurch sind derartige Unterschiede zu rechtfertigen?

Begründung:

Gümligen als kantonaler Entwicklungsschwerpunkt müsste eigentlich eine gewisse Anziehungskraft für Unternehmungen entfalten. Die bestehenden Leerstände sprechen dagegen deutlich aus, dass dem offenbar nicht so ist. Daraus ergibt sich u.E. Abklärungs- und Handlungsbedarf.

Das Gümligenfeld als zentraler Bereich des kantonalen Entwicklungsschwerpunktes Gümligen entwickelt sich offensichtlich nur sehr mühselig. Gemäss Ausführungen eines betroffenen Unternehmers ist dies vorab auf die allzu restriktive Zuteilung von Parkplätzen im Gümligenfeld zurückzuführen – die Regelungen schrecken viele erwünschte Investoren ab.

Unseres Erachtens ist das Gümligenfeld durch den unmittelbaren Autobahnanschluss prädestiniert für die gemäss den Absichten des Kantons im ESP anzusiedelnden Unternehmungen wie Büro-Arbeitsplätze, Versorgungseinrichtungen und Freizeitnutzungen. Entsprechende Unternehmungen benötigen aber genügend Parkplätze, damit Mitarbeiter, Lieferanten und Kunden der Betriebe problemlos und ohne Warteschlangen um den Gebäudekomplex zu drehen, zu ihrem Ziel fahren können. Um eine bedürfnisgerechte Parkierung zu ermöglichen, sollte die zu erstellende Anzahl Parkplätze so weit gesetzlich möglich den anzusiedelnden Betrieben überlassen werden.

Muri bei Bern, 10. September 2005

SVP-Fraktion
Urs Grütter

B. Lehmann, A. Stettler, E. Bigler, M. Loosli, F. Schwander, R. Grubwinkler,
R. Friedli (8)

Interpellation Grütter (SVP) betreffend Auswirkungen des FILAG auf die Gemeindefinanzen

1. Mit welchen Auswirkungen des neuen kantonalen FILAG auf die Gemeindefinanzen ist in den nächsten Jahren zu rechnen?
2. Ist die neue Netto-Belastung der Gemeinde (Beiträge abzüglich Rückflüsse aus dem Lastenausgleich) abschätzbar?
3. Wird die Belastung im nächsten Finanzplan berücksichtigt?

Begründung:

Für die Budgetierung ist die gestellte Frage von grosser Bedeutung. Gemäss Rechnung 2004 betrug der Brutto-Aufwand im Finanzausgleich knapp CHF 13 Mio., ziemlich genau ein Drittel des Steuerertrages. Der Netto-Aufwand betrug immer noch über CHF 9 Mio. oder fast ein Viertel des Steuerertrags.

Schwankungen in diesem Posten beeinflussen die Gemeinderechnung somit in hohem Masse.

Muri-Gümligen, 20. September 2005

Urs Grütter (SVP)

B. Lehmann, E. Bigler, R. Beyeler, M. Graham, D. Schönenberger, H. Treier,
A. Stettler, M. Loosli, F. Schwander, J. Manz, B. Staub, A. Kauth, R. Grubwinkler,
R. Friedli, B. Wegmüller, J. Beck

Einfache Anfrage Loosli (SVP) betreffend Strassenmarkierung Zone 30

In den letzten Tagen wurden im Bereich der Zone 30 die Kreuzungen konsequent mit roten Quadraten ausgestattet.

„Markierungen „Rechtsvortritt“ werden auf Nebenstrassen angewendet, wo dies aufgrund der Sichtverhältnisse und der baulichen Gestaltung des Strassenraumes zur Verdeutlichung der Vortrittsverhältnisse in einer schlecht wahrnehmbaren Verzweigung nötig ist und andere Massnahmen nicht ausreichen“ (Weisungen EDA 19.03.2002 über die besondere Markierung auf der Fahrbahn)

Anfrage:

- Aufgrund welcher Rechtsgrundlage / Weisung (Bund / Kanton) wurden diese Quadrate angebracht?
- Welche Überlegungen führten dazu, dass an Stelle einer Markierung allfälliger neuralgischer Punkte eine flächendeckende Bemalung vorgenommen wurde?
- Wie viele Unfälle wurden in den letzten Jahren in diesen Bereichen wegen Missachtung des Rechtsvortritts registriert?
- Weshalb wurde gerade dort, wo eine Markierung Sinn machen würde, beispielsweise Einmündung Amselweg / Dennigkofenweg (ausserhalb der Zone 30) keine Markierung angebracht?
- Welche Kosten verursachte die Aktion „Rechtsvortritt“ (Anbringen der roten Quadrate und der dazugehörenden Plakate) ohne die übrigen Massnahmen Zone 30?

20. September 2005

Marc Loosli (SVP)

Einfache Anfrage Loosli (SVP) betreffend neuem Kreisel an der Moosstrasse

Der neue Kreisel Moosstrasse polarisiert. Die Einen freuen sich, die Anderen ärgern sich.

- Wer ist generell für die Gestaltung der Kreisel in unserer Gemeinde zuständig?
- Wer hat namentlich den Entscheid für die Gestaltung des Kreisels an der Moosstrasse getroffen?
- Was wird unternommen, damit der Kreisel auch bei schlechter Sicht und Nebel besser sichtbar wird? (zur Zeit präsentiert sich der Kreisel grau in grau und ohne spezielle Beleuchtung)

20. September 2005

Marc Loosli (SVP)

Auf die Frage der Vorsitzenden werden keine Einwände gegen das Verfahren erhoben.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

V. Bettler Suter

A. Koch